

Niederschrift

Öffentlicher Teil

Stadtrat der Welterbestadt Quedlinburg

SO-SI/StRQ/01/26

Sitzungstermin:	Montag, 09.03.2026 17:01 bis 18:47 Uhr
Ort, Raum:	Palais Salfeldt, Tagungssaal Röttger Salfeldt, Kornmarkt 5/6

Beginn des öffentlichen Teils: 17:01 Uhr

Ende des öffentlichen Teils: 18:47 Uhr

Anwesend

1. Stellvertreter der Stadtratsvorsitzenden

Herr Martin Michaelis

2. Stellvertreter der Stadtratsvorsitzenden

Herr Dr. Dave Sander

Oberbürgermeister

Herr Frank Ruch

CDU-Fraktion

Herr Ulrich Thomas

Herr Sebastian Petrusch

Herr Jörg Pfeifer

Herr Christian Hirsch

Herr Guido Mertens

Herr Andreas Hennig

Herr Ralph Willi Albrecht

Herr Guido Neuhäuser

AfD-Fraktion

Herr Reinhard Fiedler

Herr Mario Ballin

Herr Hans Joachim Rathmann

Herr Ingo Pieper

Herr Oliver Hößler

Herr Erik Niemand

Herr Tobias Knauth-Fischer

Herr Roman Zelas

Fraktion SPD/DIE LINKE/GRÜNE

Herr Dr. Christian Schickardt

Frau Helga Poost

Frau Dr. Renate Brecht

Frau Birgit Voigt

Herr Bengt Wurm

Herr Stefan Helmholz

Fraktion Bürgerforum - Die PARTEI

Herr Steffen Kecke

Herr Christian Wendler

Herr Eike Arndt Helmholz

Herr Thomas Münch

Freie Fraktion

Herr Lars Kollmann

Herr Paul Zehnpfund

Herr Detlef Kunze

Herr Hans-Joachim Wagner

Niederschrift ÖT

SO-SI/StRQ/**01/26**

fraktionslos

Herr Nico Lachmuth

Verwaltung

Frau Sabine Bahß

Herr Henning Rode

Frau Samantha Mantel

Frau Kerstin Frommert

Herr Michael Busch

Herr Sven Löw

Frau Marion Goldbeck

Frau Katrin Kluge

Herr Roy Meirich

Schriftführer

Frau Dana Achilles

Abwesend

Vorsitzende des Stadtrates

Frau Dr. Sylvia Marschner

- entschuldigt -

CDU-Fraktion

Frau Angelika Krause

- entschuldigt -

Fraktion SPD/DIE LINKE/GRÜNE

Frau Susan Sziborra-Seidlitz

- entschuldigt -

Tagesordnung - Öffentlicher Teil -

- | | |
|---------|--|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit sowie der Beschlussfähigkeit |
| TOP 2 | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellen der endgültigen Tagesordnung |
| TOP 3 | Vorlagen |
| TOP 3.1 | Abrechnung und Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Welterbestadt Quedlinburg
Vorlage: BV-StRQ/005/26 |
| TOP 4 | Schließen der Sitzung |

Protokoll - Öffentlicher Teil -

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit sowie der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Vorsitzende **Herr Michaelis** begrüßt alle Anwesenden und eröffnet um 17.01 Uhr die Sitzung. Er stellt mit Verweis auf die elektronische Einladung am 03.03.2026 und die öffentliche Bekanntmachung im Internet unter der Internetadresse www.quedlinburg.de, sowie der Hinweis in der Mitteldeutschen Zeitung „Quedlinburger Harzbote“ am 05.03.2026 die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Es sind 34 von 37 Stadträten anwesend.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellen der endgültigen Tagesordnung

Es liegen keine Änderungsanträge vor.

Herr Michaelis bittet um Abstimmung.

ungeändert beschlossen

Ja 34 Nein 0 Enthaltung 0 Mitwirkungsverbot 0

zu TOP 3 Vorlagen

zu TOP 3.1 Abrechnung und Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Welterbestadt Quedlinburg
Vorlage: BV-StRQ/005/26

Maßnahme Lfd. Nr. 1 – Anpassung Hauptsatzung/Wertgrenzen

Herr StR Thomas führt aus.

Frau StR Voigt merkt an, die erwähnte Änderung bezieht sich zunächst als Auftrag an die Verwaltung. Es wurde nur geändert, dass die Möglichkeit für Direktaufträge bis zu der genannten Wertgrenze von 119.000€ besteht. **Frau StR Voigt** zitiert: „Ein Direktauftrag ist ein öffentlicher Auftrag im Sinne des Vergaberechts bei dem die Beschaffung jedoch ohne Durchführung eines förmlichen Vergabeverfahrens erfolgt.“ Das heißt somit, dass vorerst nur „die Neuerung“, was nach Einschätzung der Fraktion, nicht automatisch die Änderung der Hauptsatzung zur Folge hat.

Herr StR Fiedler ist der Meinung, dass dieser Vorschlag nicht in ein Haushaltskonsolidierungsprogramm gehört, es sollte über die Ausschussberatungen im Stadtrat vorgelegt werden. Dieser Punkt trägt nicht zur Hauskonsolidierung bei, daher wird **Herr StR Fiedler** dem so nicht zustimmen.

Herr StR Kollmann merkt an, nach seinem Verständnis geht es darum, dass der Oberbürgermeister bis 119.000€ tätig werden darf. Bis jetzt darf der Oberbürgermeister solche Aufträge nicht selbstständig auslösen. Für diese Änderung stimmt **Herr StR Kollmann**. Dies ist der richtige Weg Bürokratie abzubauen und Aufträge schneller und kosteneffizienter in die Vergabe zu bringen.

Herr StR Fiedler erklärt, dass der Oberbürgermeister aktuell bereits eigenständige Entscheidungen fällen, nur in einer geringeren Höhe (50.000€). Die Flexibilität besteht bereits und die zu ändernde Erhöhung ist ausführlich in den Beratungen zu diskutieren. **Herr StR Fiedler** weist erneut daraufhin, dass dieser Vorschlag nicht in die Haushaltskonsolidierung gehört.

Frau StR Voigt verweist auf die Hauptsatzung und merkt an, dass der Oberbürgermeister bereits bis zu einer Summe von 50.000€ tätig werden kann.

Herr OB Ruch verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung und erklärt, dass es sich um eine Konsolidierungsmaßnahme handelt, da Gelder eingespart werden können, sollte sie umgesetzt werden. Bei dieser Maßnahme wird die Entscheidungshoheit verdoppelt. Diese Möglichkeit bietet die Landesregierung aktuell. Dies es kein Muss, jedoch bietet sie die Chance auf Bürokratieabbau, schnellere Entscheidung, schnellere Firmenbindung und es kann sehr schnell auf günstige Angebote reagiert werden. Dies ist bei einem längeren Prozess über die Ausschüsse in Frage gestellt. Insofern ist es eine Konsolidierungsmaßnahme und dem kann zugestimmt werden.

Herr StR Thomas merkt an, das Land hat hier den Weg geebnet, auch mit der Unterstützung der SPD. Aufträge sollen zügiger vergeben werden. Sollte sich die Stadt dagegen entscheiden, wird die gegebene Chance nicht genutzt. Es ist ein deutlicher Vorteil für die Stadt. Im Wirtschafts- und Vergabeausschuss war zu sehen, wie viele Sondersitzungen notwendig waren, um alle Vergaben immer rechtzeitig auf den Weg zu bringen. **Herr StR Thomas** erklärt Schnelligkeit spart Geld. Dies ist definitiv eine Maßnahme bei der Kosten eingespart werden können und die eigene Wirtschaft gestärkt werden kann. Freiwillige Vergaben sind entsprechend zügig möglich, ohne langwierige Vergabeverfahren, die auch womöglich im Nachhinein für Unsicherheit sorgen. In der aktuellen Situation sind direkte Abnehmer für Aufträge und die daraus resultierende schnelle Ausführung, **Herr StR Thomas** wirbt nochmal dafür, dieser Maßnahme zuzustimmen.

Der stellv. Vorsitzende Herr Michaelis gibt den Vorsitz an **Herrn StR Sander** ab.

Niederschrift ÖT

SO-SI/StRQ/**01/26**

Herr StR Michaelis hat bei diesem Vorschlag einige Bedenken. Der Stadtrat gibt bei Aufträgen bis zu einer Summe von 119.000€ seine Einflussmöglichkeiten auf. Unter Umständen werden bei einer Ausschreibung gar keine Kosten gespart. **Herr StR Michaelis** würde bei der aktuellen Summe von 50.000€ bleiben und der Stadtrat sollte überlegen, ob er den Einfluss auf die Entscheidungen aufgeben möchte.

Herr StR Michaelis hat wieder den Vorsitz.

Herr StR Kecke schließt sich seinen Vorrednern an, das sachliche Zusammenbringen von Ausschreibung und Vergabefreiheit des Oberbürgermeisters alleine, ohne Ausschuss- und Stadtratsbeteiligung nichts miteinander zu tun haben. Anhand der eben bereits vorgebrachten Argumente, ist **Herr StR Kecke** der Meinung, dies in Ruhe und gründlich in den Ausschüssen zu beschließen. **Herr StR Kecke** möchte sich der Maßnahme nicht verschließen, aber eine erneute Prüfung scheint erforderlich.

Herr Michaelis bittet um Abstimmung.

15 Ja-Stimmen

19 Nein-Stimmen

Diese Maßnahme ist **abgelehnt**.

Maßnahme Lfd. Nr. 2 – Überarbeitung der Feuerwehrgeldersatzsatzung durch Neukalkulation

Herr StR Petrusch führt aus.

Herr StR Fiedler möchte wissen, wie viel Ersatzkostenrechnungen in den letzten Jahren ausgestellt wurden. **Herr StR Fiedler** hat eine solche Anfrage bereits vor ein paar Jahren gestellt und da gab es die Auskunft, dass keine Rechnungen erstellt werden mussten.

Herr Busch merkt an, es gibt Fälle bei denen es in Rechnung gestellt werden kann. Die Anzahl ist jedoch niedrig, da der tatsächliche Brandschutz der Stadt obliegt, solange kein Vorsatz oder Ähnliches zu sehen ist. Bei schuldhaftem Verhalten können Maßnahmen der Feuerwehr in Rechnung gestellt werden.

Herr Michaelis erklärt nochmals, dass **Herr StR Fiedler** wissen möchte, in wie viel Fällen Rechnungen gestellt wurden.

Herr Busch erklärt, dazu kann aktuell keine konkrete Aussage getroffen werden.

Herr Michaelis bitten um Abstimmung.

25 Ja-Stimmen

8 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Diese Maßnahme ist **angenommen**.

Maßnahme Lfd. Nr. 3 – Halbierung der Aufwendungen und damit der der Kosten für das Amtsblatt Kurier

Herr StR Fiedler führt ausführlich in die Maßnahme ein.

Herr StR Thomas hat sich maßgeblich dafür eingesetzt, dass es dieses Amtsblatt gibt. Seitdem nehmen die Bürger das Amtsblatt gut an und weisen sofort daraufhin, sollte es mal nicht bei ihnen ankommen. An einem öffentlichen Mitteilungsblatt sparen zu wollen, ist in der jetzigen Zeit der falsche Weg. Die CDU-Fraktion unterstützt das Amtsblatt und wird diese Maßnahme daher ablehnen.

Herr StR Wendler ist grundsätzlich für das Amtsblatt, jedoch bekommt er das Amtsblatt selten nach Hause und holt es sich ab. Vielleicht könnte eine Ersparnis eintreten, wenn auf die

Auslieferung verzichtet wird und den Bürgern die Möglichkeit bekommen, es an verschiedenen Orten abzuholen. **Herr StR Wendler** wird sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Herr StR Pieper spricht alle Stadträte an und merkt an, ein Amtsblatt sollte nicht mehr Kosten verursachen als es Informationen bietet. Das Amtsblatt könnte einfacher gestaltet werden und eine Halbierung der Kosten würde der Stadt helfen.

Herr StR Kollmann möchte wissen, welche Kosten das Amtsblatt verursacht. **Herr StR Kollmann** ist der Meinung, dass drei Seiten weniger keine große Ersparnis zur Folge hat und möchte wissen, wo genau die größten Kosten liegen.

Herr StR Fiedler weist daraufhin, dass es auch andere Informationsquellen gibt, z.B. die Tageszeitung. Veranstaltungen werden auch anderweitig bekanntgegeben, über eigene Plakate der Veranstalter. Somit könnte der Umfang des Amtsblattes deutlich gesenkt werden.

Herr OB Ruch bezieht sich auf die erste Einlassung von **Herr StR Fiedler** und weist die Aussage über die Huldigung der Verwaltung zurück. Sollte eine Huldigung stattfinden, dann ist es die der Vereine, denn diese begrüßen und nutzen den Qurier, um auf ihre Veranstaltungen hinzuweisen und diese auszuwerten. Bei Wegfall dieser Informationsmöglichkeit für die Vereine, schneiden wir eine kostenlose Werbung für das Ehrenamt ab. Einsparungen sind diskutierbar, jedoch eine Halbierung der Kosten wäre das Aus für das Amtsblatt. Somit würde auch über gute Maßnahmen nicht mehr berichtet werden können, was einer destruktiven Politik sehr zugegen kommen würde.

Herr StR E. Helmholz schließt sich der Meinung von **Herr OB Ruch** an. Es ist für die Vereine eine gute Plattform. Seiner Information nach gibt es auch Einkünfte von Werbekunden und auch die Stadtwerke leisten ihren Beitrag.

Herr StR Fiedler stellt den Antrag an die Verwaltung, die Kosten aufzustellen und dem Stadtrat zur Verfügung zu stellen.

Herr Busch merkt an, dies bedarf eines separaten Antrags außerhalb der Konsolidierung. Die Aufstellung der Kosten ist kein Gegenstand der Konsolidierung.

Herr StR Michaelis merkt an, dies ist vielleicht ein sinnvoller Umgang mit den Einsparungsvorschlägen, dass diese nicht gänzlich abgelehnt werden und nach Einsparungspotenzial geschaut wird.

Herr StR Thomas merkt an, dass die Gefahr besteht, dass hier ein Diskussionsrahmen entsteht der den heutigen Zeitrahmen sprengt. Ohne die Kosten zu kennen eine solche Ersparnis zu verlangen, ist unangebracht. Die Kostenfrage gehört in die Ausschüsse und nicht in die Konsolidierung.

Herr StR Michaelis erwähnt, dass er genau dies bereits gesagt hat. Dieser Punkt sollte nochmal aufgenommen werden, auch wenn der Vorschlag heute keine Mehrheit bekommt.

Herr StR Thomas verweist darauf, dass es nur um die zusätzlichen Anträge ging und eine Diskussion zu den einzelnen Punkten macht heute keinen Sinn. Jeder der Vorschläge macht, sieht Einsparpotenzial. In welcher Höhe und mit welchen Folgen wird jeder in seiner Verantwortung als Stadtrat im Vorfeld geprüft haben. Sollte es keine Information über die Kosten geben, ist der Vorschlag fehl am Platz. **Herr StR Thomas** verwahrt sich gegen die Interpretation von **Herrn StR Michaelis**.

Herr StR Kollmann verweist auf die konkrete Maßnahme der Halbierung der Kosten für das Amtsblatt. Dem kann **Herr StR Kollmann** nicht zustimmen, da die Bedeutung nicht klar ersichtlich ist.

Frau StR Voigt merkt an, dass hier über die Formulierung der AfD Fraktion „Halbierung der Aufwendungen und der damit verbundenen Kosten für das Amtsblatt“ abgestimmt wird und das ohne Ergänzungen und Prüfungen.

Herr Michaelis bittet um Abstimmung.

7 Ja-Stimmen

26 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Niederschrift ÖT

SO-SI/StRQ/01/26

Diese Maßnahme ist **abgelehnt**.

Maßnahme Lfd. Nr. 4 – Verringerung der Personalstärke in den Stabsstellen Wirtschaftsförderung und Öffentlichkeitsarbeit, ebenso im Team Kulturförderung

Herr StR Fiedler führt ausführlich in die Maßnahme ein.

Herr StR Fiedler merkt an, dass das Citybüro wiederholt trotz Öffnungszeiten geschlossen war. Des Weiteren gibt die Kulturförderung viele Aufgaben an die QTM ab. Die Leistung von Citybüro und Kulturförderung ist nicht erkennbar.

Herr StR Kecke stellt sich den unbegründeten Behauptungen entgegen. Sowohl die Wirtschaftsförderung als auch die Kulturförderung leisten gute Arbeit. In den Gremien wurde gerade in aktueller Zeit deutlich, wie wichtig die Arbeit der Wirtschaftsförderung ist. Diesem Vorschlag kann die Fraktion nicht folgen.

Herr StR Thomas wundert sich über diesen Antrag, da im Wirtschaftsausschuss bisher keine Kritik des Citymanagements erkennbar war. **Herr StR Thomas** wünscht sich solche Aussagen und Diskussionen vorerst in nicht öffentlicher Runde zu besprechen um kein falsches Bild nach außen zu senden. Die Erfolge von Wirtschaftsförderung und Citymanagement sind sichtbar und stehen außer Frage.

Herr StR Pfeifer stimmt **Herrn StR Thomas** zu und merkt an, dass Wirtschaftsförderung und Citymanagement für die gesamten Händler wichtig sind. Frau Risse ist eine außerordentlich engagierte Mitarbeiterin, auch wenn das Citybüro nicht besetzt ist, ist Frau Risse immer telefonisch erreichbar.

Herr StR Fiedler merkt an, dass Wirtschaftsförderung äußerst wichtig ist. Jedoch ist der Aufwand seiner Meinung nach zu hoch, da die wichtigen Aufgaben vom Oberbürgermeister entschieden werden. Große Ansiedlungen fallen nicht in den Aufgabenbereich der Wirtschaftsförderung.

Herr StR Niemand fragt, ob es bereits vor der Einrichtung der Stabsstellen eine Wirtschaftsförderung und Kulturförderung gab. Seiner Meinung nach gab es dies bereits vorher.

Herr OB Ruch erwidert, dass es Wirtschafts- und Kulturförderung bereits vorher gab, verteilt auf verschiedene Gebiete. Es gab damals die Kulturförderung mit Frau Rudolf an der Spitze, es wurden Konzentrationen vorgenommen um die Handlungs- und Arbeitsfähigkeit zu verbessern. Es wurden Defizite gespürt, gerade in Bezug auf die Einzelhändler, die es zurecht gefordert haben. Daraus erschloss sich ein Verlangen nach einem stärkeren Citymanagement. Auch gab es Defizite in der Wirtschaftsförderung, daher fehlten weitere Gewerbeanmeldungen. Mit Wirtschaftsförderung und Citymanagement ist es der Stadt gelungen, die Gewerbesteuer zu verdoppeln, durch eine Konsolidierung der kleinen und mittelständigen Unternehmen. Des Weiteren ist es der Stadt mit der Kulturförderung gelungen das Image der Stadt derart aufzuwerten, dass die Stadt in den Rankings ganz vorn liegt. Auch an den schnellen Wiederbesetzungen von Geschäften ist dies ersichtlich. **Herr OB Ruch** bezieht sich auf **Herrn StR Fiedler** und merkt an, immer dort wo die Stadt punktet und Positives zu sehen ist, da setzt die AfD-Fraktion destruktiv an.

Herr Michaelis wünscht sich wieder eine sachlichere Diskussion.

Herr StR Kollmann informiert, dass der Inhaber der Bückemühle sich mit einigen Fragen an ihn gewandt hat, diese hat **Herr StR Kollmann** aufgenommen und an den Wirtschaftsförderer Herrn Rode weitergeleitet. Er sieht die Aufgaben der Wirtschaftsförderung nicht nur darin, große Firmen anzusiedeln, sondern sich vor allem auch um die kleinen und mittelständigen Unternehmen zu kümmern. Die Reaktion des Inhabers der Bückemühle war eine sehr positiv überraschte, da er es nicht erwartet hätte, so schnell Hilfe zu bekommen. **Herr StR Kollmann** merkt an, dies ist seine Auffassung von Wirtschaftsförderung und hält es für falsch, diese Stellen zu streichen.

Herr StR Rathmann merkt an, dass sicher alles seine Berechtigung hat, der Stadtrat sich jedoch in einer Konsolidierung befindet. Er bezieht sich auf die finanzielle Lage der Stadt, die Einsparungen notwendig machen um den Bankrott der Stadt zu verhindern. Es muss daher auch an Stellen gespart werden, an denen es schmerzt.

Frau StR Voigt weist auf die Anlage zu heutigen Beschlussvorlage hin, in der sich die Verwaltung mit einer Festschreibung einer Obergrenze für das Stellenplansoll verpflichtet und das obliegt letzten Endes dem Oberbürgermeister.

Herr Michaelis bittet um Abstimmung.

8 Ja-Stimmen

25 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Diese Maßnahme ist **abgelehnt**.

Maßnahme Lfd. Nr. 5 – Projekt „Demokratie Leben“ nicht verlängern, auslaufen lassen, ebenso die Zuwendung für die Haltestelle

Herr StR Fiedler führt aus.

Herr StR Wurm hält dies als Sparen an der falschen Stelle. Ohne „Demokratie Leben“ wird es versäumt, junge Menschen in die Demokratie mit einzuführen. Das Jugendforum wurde von „Demokratie Leben“ unterstützt und enthielt Meinungsvielfalt.

Frau StR Voigt kennt und schätzt die inhaltliche Arbeit der Haltestelle und hält die Unterstellung der Politisierung für unberechtigt.

Herr StR Niemand erklärt, die Erziehung der Kinder sollte den Eltern überlassen werden. Er hält das Projekt „Demokratie Leben“ für politisch einseitig.

Herr StR Dr. Schickardt schließt sich **Frau StR Voigt** an. In der Haltestelle werden mit den Kindern Hausaufgaben gemacht und es findet eine Freizeitbetreuung statt. Dies hat mit einer Politisierung nichts zu tun.

Herr Michaelis bittet um Abstimmung.

9 Ja-Stimmen

24 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Diese Maßnahme ist **abgelehnt**.

Maßnahme Lfd. Nr. 6 – Defiziterstattung für die „Reichenstraße“ kürzen, ebenso für das zu hoch angesetzte Kombiticket Kirche

Herr StR Fiedler führt aus.

Herr Michaelis bittet um Abstimmung.

10 Ja-Stimmen

23 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Diese Maßnahme ist **abgelehnt**.

Maßnahme Lfd. Nr. 7 – Ersatzlose Streichung der Projekte Radweg R1 und Radstation am Bahnhof

Herr StR Fiedler führt aus.

Herr StR Thomas erklärt, das sind Beschlüsse die bereits im Stadtrat gefasst worden und jetzt wieder aufgehoben und geändert werden müssten. Bei einem Tourismuskonzept der Zukunft steht der Radfahrer ganz oben und an dieser Stelle zu sparen, ist mehr als falsch. Besonders der

Europaweg R1 ist eine sehr frequentierte Strecke und die Stadt Quedlinburg hat eine Verpflichtung, in angenehmer Erinnerung zu bleiben. Gerade bei dem Wachstumssegment Radfahrer wäre es fatal, Einsparungen bzw. Streichungen vorzunehmen. **Herr StR Thomas** bezieht sich auf die Zusammenarbeit mit Thale und sieht dies sehr positiv, da so die Kommunen wieder mehr gemeinsam wirken. Durch das Sondervermögen des Bundes soll die Schafsbrücke repariert werden, denn auch dort wird der R1 einmal langlaufen. Dies wurde bereits alles in den Gremien besprochen und beraten. Dies Art zukunftssträchtiger Projekte sollte unterstützt werden, da es Bestandteile sind, die großen Gewinn versprechen.

Herr StR Kecke schließt sich den Ausführungen von **Herrn StR Thomas** an und ergänzt, das sich im Stadtrat mit großer Mehrheit für eine fahrradfreundliche Stadt entschieden wurde. Daher wird sich seine Fraktion gegen den Antrag aussprechen.

Herr StR Wendler lehnt diesen Antrag ebenfalls ab. Sachsen-Anhalt war bis vor wenigen Jahren eine der schlechtest ausgebildeten Fahrradbundesländer, dies ist langsam auf einem besseren Weg. Auch ein Boderadweg ist im Zuge des R1 geplant, mit den umliegenden Kommunen. Dieser Markt ist im Aufschwung.

Herr StR Fiedler sieht dieses Projekt auch positiv, jedoch muss auch an Einsparungen gedacht werden.

Herr StR Rathmann regt eine gesonderte Abstimmung der Maßnahmen ab. Die Radstation wird Kosten von 150.000€ verursachen, er hält die Radstation für verzichtbar.

Herr Michaelis bittet um Abstimmung über den Radweg R1.

6 Ja-Stimmen

26 Nein-Stimmen

2 Enthaltung

Diese Maßnahme ist **abgelehnt**.

Herr Michaelis bittet um Abstimmung über die Radstation.

11 Ja-Stimmen

22 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Diese Maßnahme ist **abgelehnt**.

Maßnahme Lfd. Nr. 8 – Deckelung der Beihilfe QTM auf 1 Mio €

Herr StR Fiedler führt aus und betont jedoch das es keineswegs als Kritik an der Arbeit der QTM zu werten ist.

Herr StR Kollmann gibt **Herrn StR Fiedler** grundsätzlich recht, jedoch sollte sich der Aufsichtsrat Gedanken machen, was die Einsparung bedeutet, an welche Stelle sie gehört und dann erst in den Stadtrat zur Beratung eingebracht werden.

Herr StR Petrusch schließt sich **Herrn StR Kollmann** an. **Herr StR Petrusch** ist erstaunt über die heutigen Maßnahmen, da in zwei Ortschaftsratsitzungen sowie vier Ausschusssitzungen und einer Stadtratssitzung keine Änderungsanträge, sowohl zum Haushalt als auch zur Haushaltskonsolidierung gestellt wurden und plädiert daher auch dies in den Aufsichtsratssitzungen zu beraten. Daher heute keine Zustimmung.

Herr StR Niemand gewinnt inzwischen den Eindruck, dass heute keine Einsparungen zustande kommen.

Herr OB Ruch erinnert daran, das neue Anträge zu Einsparungen formuliert wurden. Es gibt bereits ein Konsolidierungskonzept mit Einsparungspotenzial. **Herr OB Ruch** kann diese Punkt jedoch nachvollziehen. Es wurden viele Aufgaben der Kulturförderung an die QTM ausgegliedert

Niederschrift ÖT

und Veranstaltungen übergeben. In Strategieberatungen ist zu besprechen welche Aufgaben sind weiterzuführen und welche müssen in Frage gestellt werden. Unter dem Aspekt des Schutzes der QTM und der Selbstdisziplinierung der Aufgaben, kann **Herr OB Ruch** dieser Maßnahme zustimmen.

Herr StR Thomas erfragt, ob die Deckelung der Beihilfe der QTM auf 1 Mio € unter Vorbehalt zugestimmt werden kann, dass nicht weitere Aufgaben auf die QTM zukommen. Mit der zusätzlichen Formulierung kann die CDU-Fraktion dieser Maßnahme zustimmen.

Herr StR Fiedler ist mit diesem Vorbehaltsbeschluss einverstanden.

Herr StR Kollmann merkt die Kommentare an, bei denen bemängelt wird, dass an keiner Stelle eine Einsparung zu erkennen ist. **Herr StR Kollmann** erklärt, dass er kein jährliches Haushaltskonsolidierungskonzept benötigt um den Rest des Jahres sinnvoll mit Geld umzugehen. In Gernrode wurde bereits Geld eingespart, unter anderem durch die Kürzung einer Beamtenstelle (etwa 50.000€ jährlich), die Touristeninformation wurde geschlossen (40.000€ jährlich), Verzicht auf große Fahnenmasten (Wert 500€).

Herr Michaelis bittet um Abstimmung über den ergänzten Antrag.

19 Ja-Stimmen

10 Nein-Stimmen

5 Enthaltung

Diese Maßnahme ist **angenommen**.

Maßnahme Lfd. Nr. 9 – Nebenanlagen Wipertistraße streichen, dafür aus Investitionsbooster bezahlen

Herr StR Fiedler verweist auf die bereits umgesetzte Maßnahme und die nicht erforderliche Entscheidung.

Maßnahme Lfd. Nr. 10 – Keine Kosten für Quedlinburger Rauhnacht planen

Herr StR Fiedler führt kurz aus.

Herr OB Ruch erklärt, die Stadt hat nicht vor die Quedlinburger Rauhnacht planen und ausrichten. Es ist möglich, dass der Stadtrat diesen Vorschlag macht. Dieser Punkt trifft nicht zu und bedarf eigentlich keiner Abstimmung. Es gäbe auch die Möglichkeit, dass die AfD-Fraktion den Antrag zurückzieht, mit dem Hinweis, dass **Herr OB Ruch** einen solchen Antrag nicht in Betracht zieht.

Herr StR Fiedler zieht den Antrag zurück.

Maßnahme Lfd. Nr. 11 – Ausleihe E-Bikes schließen

Herr StR Fiedler möchte diesen Antrag auch zurückziehen, um diesen vorbereitend im Aufsichtsrat der QTM zu beraten und nachfolgend dem Stadtrat die Empfehlung zu geben.

Maßnahme Lfd. Nr. 12 – Citybüro schließen

Herr StR Fiedler erläutert die Maßnahme.

Herr OB Ruch erklärt, besonders für die Neustadt und die Neugründer von Gewerbe ist es ein sehr guter Anlaufpunkt. Auch Vereine nutzen das Citybüro. Es wird gut angenommen und ist ein wichtiger Teil für unser Citymanagement und sollte daher aufrechterhalten bleiben.

Herr Michaelis bittet um Abstimmung.

8 Ja-Stimmen

24 Nein-Stimmen

2 Enthaltung

Diese Maßnahme ist **abgelehnt**.

Maßnahme Lfd. Nr. 13 – Konsequente Überwachung des ruhenden Verkehrs innerhalb des Außenrings der Kernstadt

Herr StR Kecke führt aus.

Herr StR Kecke merkt an, dass sich viele Einwohner beschwert haben über die Parksituation während Veranstaltungen. Es werden Einfahrten und selbst Feuerwehrezufahrten zugeparkt.

Herr StR Kollmann erinnert, dass die Ortsbürgermeister diesen Vorschlag bereits gemacht haben und es sollte nicht nur öfter sondern auch an den Wochenenden und in den Ortsteilen, kontrolliert werden. Er wünscht sich eine zügige Durchsetzung dieser Maßnahme.

Herr StR Thomas merkt an, dass auch die CDU-Fraktion diesen Vorschlag unterstützt. **Herr StR Thomas** verweist auf die verwirrende Formulierung: „im Außenring der Kernstadt“ und ist eher für die generelle und konsequente Überwachung. Es soll weder geografisch noch zeitlich limitiert werden.

Herr StR Kecke schließt sich **Herrn StR Thomas** an und weist daraufhin, dass er bei der Formulierung Rücksicht auf die Personalkräfte der Stadt genommen hat. Es bedeutet eine erhebliche Aufgabe. Die Streichung der örtlichen Einschränkung trägt die Fraktion mit. **Herr StR Pieper** möchte wissen, ob diese Maßnahme auch für Veranstaltungen gilt, besonders für die Besucher, die oft falsch Parken.

Herr OB Ruch merkt an, dass die Aufrüstung in diesem Bereich selbstverständlich auch dazu dient, besonders bei Festivitäten, wo die Belastung für unsere Einwohner stärker ist, mit Ordnungsmaßnahmen vorzugehen. **Herr Ob Ruch** verweist die verantwortungsvolle Umsetzung für das Jahr 202 und Technik angeschafft werden. Es soll der ruhende wie auch der fließende Verkehr stärker überwacht werden. Dafür ist jedoch eine gewisse Umsetzungszeit notwendig.

Herr StR Fiedler hält diese Maßnahme für sinnvoll, jedoch fragt er sich ob dies in eine Konsolidierung gehört.

Herr StR Rathmann bezieht sich auf den Teil der nicht unverhältnismäßigen Sanktionierung von kurzen Haltevorgängen z.B. Gewerbetreibenden, Pflegediensten, die in der Satzung geregelt werden sollen und verweist auf den Bußgeldkatalog (Bundesrecht) und hält dies daher für unzulässig. Auch ist hier, bezugnehmend auf mögliche Widersprüche, die Wirtschaftlichkeit zu prüfen.

Herr StR Kecke hält die Überlegungen für nachvollziehbar. Diese sollte geprüft werden. Sein Ziel ist jedoch auch, ein Signal an die Bürgerschaft zu senden, dass es hier keineswegs um Abkassieren geht. Der Zweck der Verkehrssicherung steht an erster Stelle.

Herr Michaelis erwähnt, dass es unter diesem Aspekt ein Problem ist, dieses unter der Haushaltskonsolidierung zu verhandeln.

Herr StR Thomas sieht darin kein Problem, es ist ein Beitrag zur Verkehrssicherheit und eine Maßnahme, die Gewinn verspricht und sie wird daher von der CDU-Fraktion unterstützt, mit der Voraussetzung dies im gesamten Stadtgebiet mit den Ortschaften zu vollziehen. Geschultes Personal führt zu geringeren Widerspruchsmöglichkeiten. Die Maßnahme bringt neben der Signalwirkung auch mehr Sicherheit und Ordnung auf unseren Straßen.

Herr StR Dr. Schickardt erklärt, dass die Stadt Thale vor geraumer Zeit die Kontrollen auch auf die Wochenenden ausgedehnt hat und von Rentabilität berichtet hat.

Herr Michaelis bittet um Abstimmung.

23 Ja-Stimmen

Niederschrift ÖT

SO-SI/StRQ/**01/26**

10 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Diese Maßnahme ist **angenommen**.

Maßnahme Lfd. Nr. 14 – Betrieb mobiler, und wo rechtlich möglich, stationärer Geschwindigkeitsmessenanlagen (Blitzer) an neuralgischen Punkten in der Kernstadt

Herr StR Kecke erläutert kurz und merkt an, dies für das gesamte Stadtgebiet auszuführen und nicht auf die Kernstadt zu beschränken.

Herr StR Pieper möchte wissen, ob sich **Herr StR Kecke** über die Kosten einer solchen Maßnahme bewusst ist.

Herr StR Petrusch informiert aus dem Bericht des Landkreises, dass natürlich Kosten entstehen, jedoch die Einnahmen dem deutlich gegenüberstehen.

Herr StR Kollmann möchte von **Herrn StR Pieper** die Höhe der Kosten erfahren.

Herr StR Pieper antwortet, dass es auf alle Fälle zu viel kostet.

Herr StR Thomas verweist auf die Prüfung bis 2027/2028. Weder die Stadt noch die Bürger möchten das in einer 30er Zone 60 gefahren wird und um dies zu verhindern und die Verkehrssicherheit zu wahren, ist die Anschaffung entsprechender Technik unumgänglich. Aus Erfahrung anderer Kommunen, ist eine Wirtschaftlichkeit zu erwarten. Die CDU-Fraktion wird hier zustimmen. Auch besteht die Möglichkeit, Nachbarkommunen die Technik gegen eine Gebühr zur Verfügung zu stellen.

Herr StR Rathmann hat sich über mögliche Kosten informiert und diese liegen bei stationären Säulen bei ca. 80.000 -100.000€ und bei mobilen Messgeräten bei ca. 120.000 – 150.000€. Dies sind die reinen Anlagenpreise, dazu kommen noch die Personalkosten. 2027/2028. Es muss Personal umgesetzt sowie zugeführt werden **Herr StR Rathmann** hält dies eher auf stark frequentierten Straßen für rentabel und sieht hier kein Konsolidierungspotenzial.

Herr StR Zehnpfund verweist darauf, das in der Maßnahme formuliert ist, dass dies auf problematische Stellen fokussiert wird. Die Ermittlung dieser Stellen, ist Aufgabe der Verwaltung. Nach einem gewissen Testzeitraum lässt sich dies auch besser beurteilen. Eine Ablehnung im Vorfeld hält **Herr StR Zehnpfund** für schwierig.

Herr StR Petrusch erwähnt die Möglichkeit, solche Geräte auch zu leasen, diese Option wird auch vom Landkreis genutzt. Des Weiteren stimmt er den Aussagen von **Herrn StR Zehnpfund** zu.

Herr Michaelis bittet um Abstimmung.

23 Ja-Stimmen

11 Nein-Stimmen

Diese Maßnahme ist **angenommen**.

Maßnahme Lfd. Nr. 15 – Ergänzung eines Vermerks zum „Zukunftsprojekt Morgenrot“

Herr StR Kecke erläutert kurz.

Herr StR Fiedler teilt mit, da die AfD-Fraktion das „Zukunftsprojekt Morgenrot“ gänzlich ablehnt, kann sie dieser Maßnahme auch nicht zustimmen.

Herr Michaelis bittet um Abstimmung.

24 Ja-Stimmen

10 Nein-Stimmen

Diese Maßnahme ist **angenommen**.

Niederschrift ÖT

SO-SI/StRQ/**01/26**

Maßnahme Lfd. Nr. 16 – Maßnahmen zur Minderung der Ausgaben

Herr StR Kecke erläutert kurz, bezieht sich auf die Stellungnahme der Verwaltung und der daraus resultierenden Überlegung die Maßnahme zurückzuziehen.

Herr Michaelis möchte wissen, ob **Herr StR Kecke** den Antrag aufrechterhalten möchte. **Herr StR Kecke** bejaht dies.

Herr StR Fiedler kann diesem Antrag nicht Folge leisten und folgt damit der Einschätzung der Stadtverwaltung. Im Wirtschaftsausschuss wurde deutlich dargelegt, dass der Verzicht auf Parkautomaten nicht sinnvoll ist.

Herr StR Thomas erwähnt den Grundsatzbeschluss der vermehrten Kontrolle des ruhenden Verkehrs und dazu bedarf es intakter Parkautomaten. Auch ist es ärgerlich für die Nutzer, wenn die Leistungsfähigkeit der Poller eingeschränkt ist. **Herr StR Thomas** hält es sinnvoll den Antrag zurückzuziehen.

Herr StR Kecke zieht den Antrag zurück.

Herr StR Michaelis lässt nun über die gesamte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Welterbestadt beschließt die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis zum Jahr 2029 einschließlich der beschlossenen Änderungsvorschläge aus den Fraktionen in der Stadtratssitzung vom 09.03.2026 gemäß der Anlage „Fortgeschriebenes Haushaltskonsolidierungskonzept nach Beschluss Stadtrat am 09.03.2026“.

geändert beschlossen

Ja 22 Nein 9 Enthaltung 3 Mitwirkungsverbot 0

zu TOP 4 Schließen der Sitzung

Herr StR Michaelis schließt die Sitzung.

gez. Martin Michaelis

Martin Michaelis
stellv. Vorsitzender
Stadtrat der Welterbestadt Quedlinburg

gez. F. Ruch

Frank Ruch
Oberbürgermeister
Welterbestadt Quedlinburg

gez. Achilles

Achilles
Protokollantin